

Das Sommerinterview mit Bundestagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe: Stefan Schwartz (SPD) aus Vlotho

„Wie wollen wir die Pendler sonst entlasten als direkt an der Tankstelle?“

Von Andreas Schnadwinkel

VLOTHO. Stefan Schwartz (52) weiß, was im Land und bei den Leuten los ist. Ob im Petitionsausschuss oder als Patientenbeauftragter der Bundesregierung – der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Vlotho (Kreis Herford) verlässt die Berliner Blase oft genug, um als Politiker auf die Wirklichkeit zu treffen.

Die Union will die Rente mit 63 beenden, und die SPD ist dazu im Rahmen des Rentenreformpakets bereit. Und jetzt kommen die Ost-Ministerpräsidenten oder die Ost-Landesvorsitzenden der CDU und fordern die Fortsetzung der Rente mit 63. Freut man sich da innerlich als SPD-Politiker, wenn dem Koalitionspartner die eigenen Leute in den Rücken fallen?

Stefan Schwartz: Also erstens, die Rente mit 63 gibt es so ja gar nicht. Das ist gestaffelt. Zum Beispiel liegt sie für den Jahrgang 1961 bei 64 Jahren und sechs Monaten. Das war bei der Einführung der Rente mit 63 schon so angelegt. Ich finde, bei der Rente müssen wir zwei Fragen beantworten. Erstens: Wie wird das finanziert, und wie bekommt man das auch sicher für die Zukunft aufgestellt? Und zweitens: Wie hoch muss eine Rente sein, und was soll da einbezahlt werden, damit die Beitragszahler das Modell auch noch akzeptieren und sie später eine auskömmliche Rente haben? Diese Akzeptanzfrage vergessen wir in der Diskussion immer gerne. Und eine Expertenkommission kann nicht die gesellschaftliche Diskussion über ein Rentensystem führen. Die muss in der Gesellschaft geführt werden und geeint werden. Und das sind ja nicht nur Ministerpräsidenten der CDU im Osten. Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern meldet sich da auch hörbar zu Wort.

Bei der Expertenkommission für die Stabilisierung der Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hatte man den Eindruck, dass es da nur um Kostenersparnis ging und an keiner Stelle um soziale Gerechtigkeit für GKV-Beitragszahler, die das System auch für immer mehr Nichtbeitragszahler finanzieren. Wie greift die Politik da ein?
Schwartz: Ich denke, dass diese wissenschaftliche Kommission eine solide Arbeit gemacht hat, auf der man gut aufbauen kann. Natürlich muss man die Sparvorschläge politisch bewerten. Zum Beispiel war für mich ein Einschnitt beim Krankengeld nicht der richtige Weg, weil sich niemand aussucht, langfristig krank zu werden. Da hat man einen Schicksalschlag, einen Unfall, eine Krebserkrankung, irgendwas was ganz Gravierendes – und oft wird das Leben danach auch erstmal teurer, weil man für seine Gesundheit plötzlich auch Geld ausgeben muss. Ich bin froh, dass die Kürzung des Krankengeldes und der Bezugszeiten nicht ins Gesetz reingekommen ist.

Halten Sie die Finanzierung des Gesundheitssystems auf dem heutigen Niveau weiterhin für möglich?
Schwartz: Jeder will, dass die Gesetzlichen Krankenkassen in den nächsten Jahren stabil funktionieren und nicht irgendwo Insolvenzen drohen oder Staatskredite ge-



Experte für Gesundheits- und Sozialpolitik: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartz aus Vlotho (Kreis Herford) ist Patientenbeauftragter der Bundesregierung. Foto: Friso Gentsch

fordert sind. Wir können auch nicht ewig an der Beitragsschraube drehen, weil das die Versicherten und die Unternehmen über alle Maße belastet. Die sind mit Zusatzbeiträgen im vorigen Jahr mit 65 Milliarden Euro in Vorleistung gegangen. Das ist eine Wahnsinnschulden. Und wir stabilisieren jetzt die Beitragsätze auf einem Niveau, das mit den Lohnsteigerungen einhergeht. In der Gesetzlichen Krankenversicherung wird jeden Tag eine Milliarde Euro aufgebracht. Private Krankenversicherungen und der Selbstzahlerteil, den viele leisten, kommen noch oben drauf. Damit haben wir das teuerste, aber nicht das beste Gesundheitssystem in Europa.

In der Bundesregierung fühlt sich die Union in einigen Fällen von der SPD ausgegrenzt, etwa bei den geringen Steuerentlastungen und der langsamen Umsetzung der Bürgergeld-Reform. Warum hält dieses Bündnis trotzdem bis Februar 2029?

»Die Sparvorschläge muss man politisch bewerten.«

Stefan Schwartz

Schwartz: Der notwendige gesellschaftliche Konsens, den wir brauchen, muss zwischen den beiden großen politischen Strömungen ausgehandelt werden – auch wenn die Umfragen das vielleicht nicht widerspiegeln. Und das verlangt von beiden Seiten erst einmal die Bereitschaft, einander vernünftig zuzuhören und in Ruhe miteinander zu reden. Im Gesundheitsbereich ist das an vielen Stellen gelungen. Und ich wünsche mir das in den anderen Bereichen auch.

Was passiert in Ihrer Partei, in der SPD, wenn die AfD in Sachsen-Anhalt eine absolute Mehrheit bei den Mandaten holen würde, weil die SPD es nicht in den Landtag geschafft hat?

Schwartz: Im Moment habe ich die Hoffnung, dass wir in Sachsen-Anhalt in den Landtag kommen. Wir liegen

bei sechs bis sieben Prozent in den Umfragen. Wir erleben ein wildes Hin und Her im Osten bei Meinungen, Umfragen und Stimmungen.

Sollten die SPD-Vorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil so oder so ihre Parteiämter abgeben?

Schwartz: Nicht nur nach den Wahlen, wie auch immer sie ausgehen, müssen wir uns grundsätzlich die Fragen stellen: Sind wir so richtig aufgestellt? Und gehören die Regierungssämter und der Parteivorsitz zusammen, oder sollte man sie trennen? Ich glaube, im Moment spricht sehr viel dafür, sie zu trennen und so die SPD selbst auch wieder wahrnehmbarer zu machen. Es ist ja kein Misstrauen gegen die handelnden Personen. Aber wir sind gut beraten, uns da breiter aufzustellen.

Die SPD fordert die Fortsetzung des Tankrabatts, obwohl das den Haushalt sehr belastet. Die Union lehnt das ab. Geht da noch was für Leute, die auf ihre Autos angewiesen sind?

Schwartz: Die Haushaltslage ist angespannt, aber die Portemonnaies der Berufspendler sind es auch. Ich denke, dass der Rabatt, auch wenn der nicht zu 100 Prozent bei den Leuten, aber doch zu einem großen Teil angekommen ist, noch das zielgenaueste Instrument ist, das wir haben. Wer als Berufspendler unterwegs ist und morgens seinen Dienst antreten muss oder nachts von der Spätschicht wiederkommt, der hat keine andere Möglichkeit, als mit dem privaten Pkw unterwegs zu sein. Wie wollen wir diese Leute sonst entlasten als direkt an der Tankstelle, um das möglichst genau hinzukriegen?

Gegen den Druck auf die Portemonnaies verdienen sich viele Leute dauerhaft oder für einen bestimmten Zeitraum mit 500-Euro-Jobs etwas dazu. 6,3 Millionen Menschen in Deutschland haben aus den unterschiedlichsten Gründen einen Minijob. Warum will die SPD diese Minijobs durch Rentenbeiträge unattraktiver machen?

Schwartz: Diesen Vorschlag

der Rentenkommission müssen wir uns an vielen Stellen sehr sorgfältig angucken, zum Beispiel bei Schülern und Studenten. Ja, ein Minijob hilft in der ersten Situation einer Familie sehr, um das Hauke-Haus-einkommen schnell zu erhöhen, um besondere Belastungen aufzufangen oder etwas finanziell möglich zu machen, das sonst nicht ginge. Trotzdem gibt es die Minijob-Falle, denn ich zahle auf den Minijob kaum Rentenbeiträge und Sorge nicht vor. Das führt später zu Altersarmut. Beides müssen wir bedenken, um bei den Minijobs zu klugen und flexiblen Lösungen zu kommen.

»Wir haben in vielen Krankenhäusern eine alte Infrastruktur.«

Stefan Schwartz

Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann kommt aus Paderborn, Bundesärztespräsident Dr. Klaus Reinhardt kommt aus Paderborn, und Sie als Patientenbeauftragter der Bundesregierung kommen aus Vlotho. Werden da die Wege kürzer und die Kontakte einfacher, um medizinisch-politische Entscheidungen zu treffen?

Schwartz: Ja, man trifft sich ja so oder so überall in Berlin. Mit Dr. Reinhardt tausche ich mich oft aus, und es verbindet natürlich schon, wenn man aus einer Region kommt. Und Carsten Linnemann kenne ich seit 2009. Wir sind damals zeitgleich in den Bundestag eingezogen. Dass wir uns einmal im Gesundheitsministerium wieder treffen, hatten wir, glaube ich, beide nicht auf der Agenda. Aber auch da weiß man eher, wie der andere tickt, und das ist natürlich immer gut. Als Patientenbeauftragter habe ich ihm natürlich sofort meine Glückwünsche geschickt. Er ist gerade mit Vollampf dabei, sich einzuarbeiten.

In diesem Sommer gab es in deutschen Krankenhäusern sogenannte Hitzetote. Das heißt, dass in Kliniken schwerkranke Menschen gestorben sind, weil es in den

Zimmern zu heiß war. Wie kann das sein?

Schwartz: Wir haben in vielen Krankenhäusern eine alte Infrastruktur. Und es gibt viele, viele Klinikgebäude aus den 60er und 70er Jahren, die dringend saniert werden müssen, um sie wieder auf einen modernen Stand zu bringen. Dazu gehören natürlich auch Alten- und Pflegeeinrichtungen, aber auch Schulen. Viele Gebäude sind auf diese Extremwetterlagen, die sich leider häufen, nicht eingestellt. Die Investitionspakete sind da und sie sollten auch für diesen Bereich eingesetzt werden.

Warum sind Sie bei der Organspende für die Widerspruchsregelung?

Schwartz: In meiner Zeit im Bundestag setze ich mich nun zum vierten Mal dem Thema auseinander. In meiner ersten Wahlperiode, das war die Zeit, als Frank-Walter Steinmeier seiner Frau eine Niere gespendet hatte, war ich der Überzeugung, dass mehr Information und mehr Aufklärung das Problem zu weniger Spenderorgane lösen könnten. Seitdem informieren wir besser, klären besser auf und machen Kampagnen. Aber die Zahl der Menschen, die auf den Wartelisten stehen und versterben, liegt immer noch bei fast 1000 im Jahr. Die Möglichkeit, sich online registrieren zu können, ist da, aber sie wird ganz wenig genutzt. Das ist in anderen Ländern mit Widerspruchsregelung ganz anders. Da werden diese Plattformen auch zum Widerspruch genutzt. Aber so weit sind wir in Deutschland noch nicht.

Was schlagen Sie praktisch vor?

Schwartz: Alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger aktiv anschreiben und eine aktive Entscheidung einfordern. Danach jedes Jahr alle anschreiben, die 18 werden. Ich bin einfach fest davon überzeugt, dass wir da sehr aktiv werden müssen. Und wenn man das Herz- und Diabeteszentrum Bad Oeynhausen in seinem Wahlkreis hat, dann kommt man an diesem Thema gar nicht vorbei. Ganz wichtig ist für mich dabei, dass es bei der freiwilligen Organspende bleibt.